

# Garantien für ein solidarisches Miteinander in Zeiten der Corona-Krise

*Die Corona-Pandemie macht umfassendes Handeln auf allen politischen Ebenen erforderlich. Dabei muss insbesondere die Sicherheit der Beschäftigten, sozial Benachteiligten, Kleingewerbetreibenden und prekär arbeitenden Freiberuflichen verstärkt in den Blick genommen werden. Als Sofortmaßnahmen müssen deshalb aus unserer Sicht zwingend folgende Initiativen ergriffen werden:*

- Gehaltszulagen für Beschäftigte im Gesundheitswesen, ganz besonders in der Pflege, auch um Anreize für eine (zeitweilige) Berufsrückkehr zu schaffen.
- Verbot von Entlassungen und Vertragslösungen bei allen Unternehmen, die Liquiditätshilfen oder andere Formen staatlicher Unterstützung erhalten.
- Pandemieüberbrückungsgeld für kleine Geschäftsinhaber\*innen, Freiberufler\*innen und Solo-Selbstständige (z. B. Kulturschaffende).
- Sofortiges Verbot von Entmietungen, Zwangsräumungen, Aufhebung von Energie- und Wassersperren.
- Sofortiger Stopp aller Abschiebungen.

Um diese und weitere notwendige Maßnahmen umzusetzen, muss eine Aussetzung der Schwarzen Null und Schuldenbremse erfolgen.

*Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag ergeben sich natürlich noch zahlreiche weitere Handlungsnotwendigkeiten. Wir fordern die hessische Landesregierung auf, sowohl in ihrem direkten Aufgabenfeld, in Kooperation mit den Kommunen als auch im Rahmen der Bund-Länder-Koordination die folgenden Punkte abzusichern:*

## **Eine Garantie für ein funktionierendes Gesundheitswesen für alle Menschen**

- Gehaltszulagen für Beschäftigte, insbesondere in der Pflege, auch um Anreize für (zeitweilige) Berufsrückkehr zu schaffen.
- Arbeitsbedingungen für Personal in Gesundheitseinrichtungen verbessern, indem nicht unbedingt notwendige Arbeiten ausgesetzt werden und dafür gesorgt wird, dass Pausen und Arbeitszeiten eingehalten werden können.
- Finanzierungssicherheit für die Einrichtungen des Gesundheitswesens, u.a. Überbrückungszahlungen für Kleinbetriebe.
- Einbeziehung der häuslichen Kranken- und Altenpflege in den Pandemieplan und Ausstattung wie bei stationärer Betreuung.
- Mindesthygienestandards müssen für alle weiterhin Beschäftigten gerade im Bereich der Grundversorgung garantiert werden (Zeitkontingente für Handdesinfektion etc.)
- Verfügbarkeit von Hygieneprodukten im Rahmen der Notbetreuung in Kitas und Schulen sicherstellen.
- Informationen zum Umgang mit der Corona-Pandemie in verschiedenen Sprachen, in

- leichter Sprache sowie für gehörlose und blinde Menschen.
- Gleichwertige medizinische Versorgung für Menschen ohne oder mit nur eingeschränktem Krankenversicherungsschutz sicherstellen.
- Wohnungs- und obdachlose Menschen in Einrichtungen und auf der Straße mit grundlegenden Hygieneprodukten versorgen.
- Bei Spekulation mit Hygieneprodukten: entschädigungslose Beschlagnahmung und Zuführung ans Gesundheitswesen ermöglichen.
- Private und privatisierte Kliniken unter öffentliche Aufsicht stellen.
- Eine Lehre für die Zukunft ziehen: Gesundheitswesen und Pflegebereich dürfen nicht länger kaputtgespart oder durch Privatisierungen dem Profitstreben untergeordnet werden.

### **Eine Garantie für gesicherte und sichere Beschäftigung**

- Verbot von Entlassungen und Vertragslösungen bei allen Unternehmen, die Liquiditätshilfen oder andere Formen staatlicher Unterstützung erhalten.
- Uneingeschränkte Lohnfortzahlung für Menschen, die Familienangehörige betreuen.
- Notbetreuungskapazitäten auch für weiterhin erwerbstätige Alleinerziehende, für Berufsgruppen, die im medizinischen Bereich unterstützend tätig sind (Reinigung, Catering, ...) oder die die gesellschaftliche Daseinsvorsorge garantieren helfen (Strom, Wasser, ÖPNV, ...), sowie Beschäftigte des grundversorgenden Einzelhandels bereitstellen. Dies gilt auch, wenn nur ein Elternteil in diesen Branchen tätig ist und eine Betreuung durch das andere Elternteil nicht gesichert werden kann.
- Beachtung der Arbeits- und Pausenzeiten bei Beschäftigten der Grundversorgung statt Verschleiß.
- Keine generelle Aufhebung des Sonntagsschutzes im Einzelhandel.
- Klarstellung, dass keine generelle Präsenzplicht für Lehrkräfte und UBUS-Kräfte außerhalb von Prüfungen und Notbetreuung erforderlich ist.
- Regelmäßige Testung auf COVID-19 bei allen Beschäftigten des Gesundheitswesens auch unabhängig von Symptomen.
- Zentrale Lösungen für Versicherungsschutz etc. bei Home-Office-Beschäftigten.
- Aussetzung von Mietzahlungen bei kleinen Einzelhandelsgeschäften, Restaurants etc., die von Zwangsschließungen betroffen sind.
- Schüler\*innen und Auszubildende dürfen keine Nachteile erfahren, wenn sie Teile ihrer theoretischen oder praktischen Ausbildung (gerade an Patient\*innen in Kliniken oder gleichwertigen Einrichtungen) aufgrund der Pandemie nicht absolvieren können.

### **Eine Garantie für soziale Absicherung**

- Sofortiges Verbot von Entmietungen, Zwangsräumungen und Aufhebung von Energie- und Wassersperren.
- Sofortige Aufhebung sämtlicher Sanktionen und Leistungskürzungen sowie Leistungseinstellungen nach SGB II, III, XII und AsylbLG.
- Aussetzung der Vermögensprüfungen etc. und unbürokratische (vorläufige) Gewährung von Sozialleistungen in Folge der Pandemieentwicklung.
- Absicherung der Lebensmittelversorgung für Bedürftige.
- Pandemieüberbrückungsgeld für Kleingewerbetreibende, Freiberufler\*innen und Solo-

- Selbstständige, Aussetzung von Steuervorauszahlungen und Sozialversicherungsbeiträgen bei fehlenden Einnahmen.
- Stundung von Wohnungsmieten über günstige Kredite bei Privateigentümern zur Verhinderung finanzieller Notlagen.

### **Eine Garantie für einen handlungsfähigen Staat**

- Sofortige Aussetzung der Schuldenbremse und Schwarzer Null.
- Fokussierung staatlicher Aufgaben auf die Notwendigkeiten sozialer Sicherheit
- Sofortinvestitionen für die Krankenhäuser und einen schnellen Abbau des in den vergangenen Jahren aufgelaufenen Investitionsstaus.
- Zügiger Ausbau von digitalen Angeboten bei Beantragungsverfahren etc. der öffentlichen Hand zur Reduzierung notwendiger Kontakte von Bürger\*innen mit Ämtern und Behörden.
- Stärkung von Beratungs- und Schutzangeboten gegen häusliche Gewalt.
- Nicht nur um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abzufedern, braucht es ein mittel- und langfristiges Investitionsprogramm für die Bereiche Gesundheit, Bildung, Kinderbetreuung, Wohnen, ÖPNV und Energiewende.

### **Eine Garantie für eine solidarische Flüchtlingspolitik**

- Sofortiger Abschiebestopp und Duldungen für alle von Abschiebungen bedrohten Menschen.
- Schließung der Abschiebehäft in Darmstadt.
- Landesaufnahmeprogramme jetzt umsetzen, um dramatischen hygienischen Zuständen bspw. in Griechenland zu begegnen.
- Aufenthaltstitel unbürokratisch und automatisch verlängern, um Kontakte in Ausländerbehörden zu reduzieren.
- Gemeinschaftsunterkünfte auflösen und durch Einzelunterbringung ersetzen, um Sozialkontakte und Ansteckungsgefahren zu minimieren.